



# Update aus Berlin

September 2024

## Zitat der Woche:

*»Die AfD ist schlecht für unser Land (...) und wir werden alles dafür tun, dass diese politische Formation wieder an Bedeutung in Deutschland verliert!«*

Bundeskanzler Olaf Scholz in der Generaldebatte am Mittwoch

## Haushalt 2025

“Wir haben die Stromsteuer für das produzierende Gewerbe auf das Minimum gesenkt und die arbeitende Bevölkerung bei der Lohnsteuer um 15 Milliarden Euro entlastet.”

“Wir haben seit 2022 Sozialleistungen von 13 Milliarden Euro ausgeweitet.”



Wir machen das. Für Euch.

# Themen

1. Meine Rede im Plenum am Dienstag
2. Haushaltsberatungen 2025
3. AG Kommunales
4. Sicherheitspaket der Bundesregierung
5. Wohnungslosenkonferenz der SPD-Fraktion
6. Einblicke in die Sitzungswoche
7. Aus dem Wahlkreis: Fernwärme in Warendorf

## Liebe Leserinnen und Leser,

die parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2025 haben in dieser Woche begonnen und gleich scheint die parlamentarische Sommerpause ewig her zu sein. Der Haushalt zeigt unsere Richtung: keine Einschnitte im Sozialen, dafür gezielte Investitionen in die Zukunft.

Die SPD-Bundestagsfraktion steht für eine offene, soziale und sichere Gesellschaft, eine starke Wirtschaft, sichere Arbeitsplätze und eine verlässliche Daseinsvorsorge – in Städten und auf dem Land.

Für all das setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion seit nunmehr 75 Jahren ein. Mit einer Feierstunde im Plenum haben wir in dieser Woche an die erste Sitzung des Bundestages vor 75 Jahren. Nach den Schrecken des Nationalsozialismus steht der Deutsche Bundestag seither für Demokratie, Pluralität und Partizipation. Unsere parlamentarische Demokratie ist ein hohes Gut, das es immer und überall entschlossen zu verteidigen gilt – gerade auch heute.

Umso mehr sind wir bestürzt, dass Rechtsextreme sowie Populisten bei den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen so stark abgeschnitten haben. Für uns bedeutet das, nicht aufzugeben, sondern uns für diejenigen einzusetzen, die unser Land am Laufen halten.

Die Bundesregierung hat ihren Entwurf vorgelegt, den wir im Parlament nun beraten werden. Der Entwurf der Bundesregierung sieht für 2025 Ausgaben von 488,61 Milliarden Euro vor. Die Investitionen liegen bei 81,01 Milliarden Euro und steigen im Vergleich zu 2024 deutlich an (2024: 70,82 Milliarden Euro). Es ist eine Nettokreditaufnahme von 51,3 Milliarden Euro vorgesehen, was dem entspricht, was die Schuldenregel zulässt.

Die Haushaltsberatungen werden dieses Mal noch herausfordernder als in den vergangenen Jahren. Wir werden nicht zulassen, dass die sozialpolitischen Ziele auf der Strecke bleiben. Das wird unsere Priorität in den anstehenden parlamentarischen Haushaltsverhandlungen sein.

Viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße,

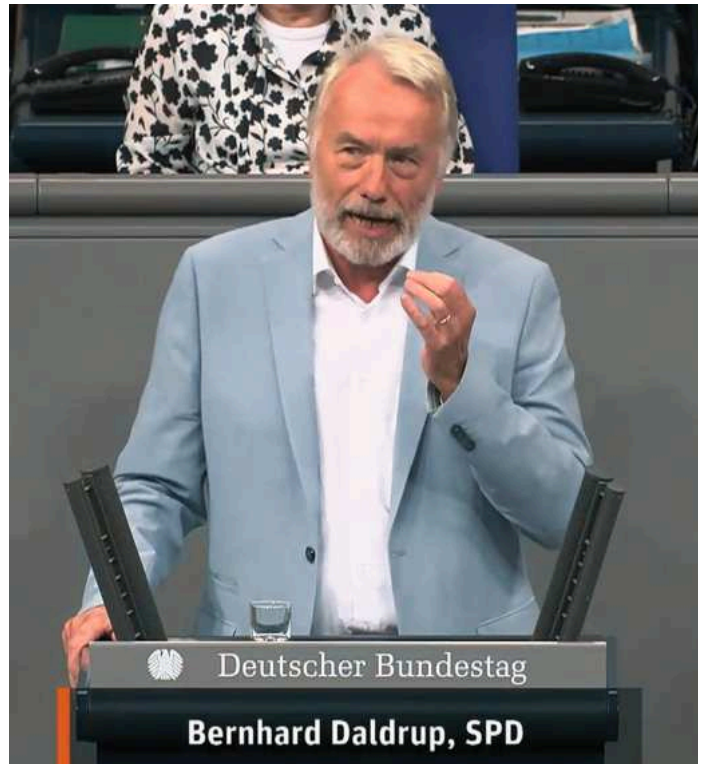
*Bernhard Jochims*

Im Jahr 2023 stieg die Anzahl der geförderten Mietwohnungen in Nordrhein-Westfalen um 68 Prozent, mit weiteren Plänen für 2024. Ohne die Initiativen des Bundes wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen. Auch auf kommunaler Ebene, wie im Kreis meines CDU-Baudezernenten, wird betont, dass die Bedingungen für den sozialen Wohnungsbau derzeit so gut sind wie nie zuvor.

Trotz dieser Fortschritte sind wir uns bewusst, dass noch viel zu tun bleibt. Daher sieht der Haushalt weiterhin Förderungen für klimafreundliches Bauen vor. Unser Programm für klimafreundlichen Neubau im Niedrigpreissegment ist bis Ende 2025 mit 2 Mrd. Euro ausgestattet. Zusätzlich setzen wir auf zielgerichtete Förderungen wie „Junges Wohnen“ für Auszubildende und Studierende, die Genossenschaftsförderung und „Jung kauft Alt“. Auch der altersgerechte Umbau wird finanziell unterstützt. Sollte das Wohnungsangebot weiterhin nicht ausreichen, muss der Staat bei den Mietkosten eingreifen. Deshalb haben wir das Wohngeld ausgeweitet und die Dynamisierung umgesetzt. Kritiker wie NRW-Bau-Ministerin Scharrenbach bemängeln, dass das Wohngeld keine neuen Wohnungen schafft. Eine Reduzierung des Wohngeldes wäre möglich, wenn die Einkommen der Mieter höher wären und Mietsteigerungen begrenzt würden, doch solche Maßnahmen werden von der CDU abgelehnt.

### Rekordsummen für nachhaltiges Bauen und Bürokratieabbau

Unser Haushalt für das Ministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen beträgt rund 7,4 Milliarden Euro. Besonders hervorzuheben ist die Städtebauförderung, die mit 790 Millionen Euro auf Rekordniveau bleibt.



Um die Effektivität unserer Maßnahmen zu erhöhen und die Produktivität der Bauwirtschaft zu steigern, konzentrieren wir uns auf zwei wesentliche Bereiche: den Bürokratieabbau, insbesondere bei der Abwicklung staatlicher Förderprogramme, und die Bauforschung. Unser Ziel ist es, das Innovationspotenzial der Bauwirtschaft umfassender zu nutzen und durch gezielte Maßnahmen des Ministeriums zu fördern.

Was in der Debatte um den Haushalt und den Wohnungsbau in unserem Land leider erneut nicht ausblieb, waren die rechtspopulistischen Äußerungen und Scheinlösungen der AfD. Völlig ungeniert sprach der Abgeordnete Beckamp in seiner Rede wiederholt von "Remigration" als Lösung für die Wohnraumknappheit. Das lässt mich fassungslos zurück. In meiner Rede habe ich deshalb auch an alle Zuschauer\*innen appelliert: Hören Sie gut zu und treffen Sie überlegte Wahlentscheidungen. Es könnte fatale Folgen haben. Meine Rede könnt Ihr hier nochmal ansehen und -hören.



# Start der parlamentarischen Haushaltsberatungen (1/2).

## ➔ Wachstumsinitiative

Die Bundesregierung hat eine Wachstumsinitiative auf den Weg gebracht. Sie umfasst 49 Maßnahmen und trägt eine sozialdemokratische Handschrift. Indem wir Bürokratie abbauen, steuerliche Abschreibungen für die Unternehmen erleichtern und Forschung fördern, geben wir der Wirtschaft eine stabile und zukunfts-gestaltende Perspektive. Es ist genau der richtige Weg, dass wir jetzt in unsere Infrastruktur investieren, damit Arbeitsplätze auch in Zukunft sicher sind.

## ➔ Impulse für Investitionen und Wachstum

Wir wollen auch mit dem Haushalt für das kommende Jahr Impulse setzen für mehr Investitionen und mehr Wachstum: zum Beispiel im Verkehrsbereich. Denn unsere Infrastruktur braucht diese dringend – deshalb ist es gut, dass der Entwurf insgesamt mehr Mittel für Investitionen an der Stelle vorsieht.

Wir legen außerdem den Schwerpunkt auf die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, das Handwerk und die strukturschwachen Regionen. Nach erheblichem Druck im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2024 konnten diese Kürzungen bei der Haushaltsaufstellung 2025 abgewendet und die Ansätze von 70 Millionen Euro für die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung und 38 Millionen Euro für die überbetrieblichen Berufsbildungsstätten verstetigt werden. Auch für die Fachkräftesicherung für KMU soll 2025 ein nur leicht gesenkter Ansatz von rund 25,5 Mio. Euro bereitstehen.



## ➔ Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Politische Bildung ist wichtiger denn je und dementsprechend wird im Regierungsentwurf auch dafür Geld zur Verfügung gestellt. Die wichtige Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung wird mit einem Rekord-Etat gestärkt – insgesamt 101,5 Millionen Euro, d.h. sechs Millionen mehr als 2024. Eine wirklich gute Nachricht! Auch im Familienetat sind weiterhin 200 Millionen Euro in die Demokratieförderung vorgesehen. Um Geflüchtete schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren, investieren wir weiterhin 310 Millionen Euro in die berufsbezogene Deutschsprachförderung. Und wir unterstützen Betroffene von sexueller Gewalt in Kindheit und Jugend in Familien mit zusätzlich 53 Millionen Euro.

## ➔ Ein besseres Gesundheitssystem

Durch längst überfällige Reformen sorgen wir für ein besseres Gesundheitssystem, vor allem durch die Krankenhausreform. Mit der Einführung von Vorhaltepauschalen und bundesweiten Qualitätskriterien wird sich die medizinische Versorgung von Patienten verbessern und der wirtschaftliche Druck in Kliniken sinken.

Wir investieren in Suchtprävention und Drogenaufklärung, Kindergesundheit, in den öffentlichen Gesundheitsdienst sowie in die internationale Gesundheitsförderung.

## Start der parlamentarischen Haushaltsberatungen (2/2).

### ➔ Sicherheit stärken – unsere freie Gesellschaft verteidigen

Nicht erst nach dem schrecklichen Terroranschlag in Solingen ist es traurige Gewissheit – Terror kann uns immer und überall treffen. Es ist ein gutes Zeichen, dass es Nancy Faeser in den regierungsinternen Haushaltsverhandlungen gelungen ist, den Etat des Bundesinnenministeriums um 1,5 Milliarden Euro gegenüber der ursprünglichen Finanzplanung anzuheben. Innere Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt wird so ganz erheblich und dauerhaft gestärkt. Mehr Geld gibt es (insgesamt 918 Millionen Euro) für den Sicherheitsbereich, mit Zivilschutz und Digitalfunk, 300 Millionen Euro mehr für Digitalisierung, u.a. Netze des Bundes und 200 Millionen Euro, um die Asylverfahren zu digitalisieren. Die Sicherheitsbehörden (Bundespolizei, Bundeskriminalamt, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) werden mit zusätzlichen Mitteln für Ausstattung gestärkt.



### ➔ Äußere Sicherheit – Freiheit verteidigen

Innere Sicherheit braucht äußere Sicherheit: Der russische Überfall auf die Ukraine und der wieder aufgeflamnte Nahostkonflikt haben Deutschland vor neue Herausforderungen in der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik gestellt. Wir helfen der Ukraine im Kampf gegen Russland, unterstützen das Land beim Wiederaufbau und wollen zugleich Raum für Diplomatie schaffen. Angesichts dieser Herausforderungen wird Deutschland aber auch weiterhin in seine Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit investieren. Der Etatentwurf des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) steigt auf 53,25 Milliarden Euro. Hinzu kommen Mittel aus dem Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 22 Milliarden Euro. Insgesamt sind für 2025 Ausgaben von 75,2 Milliarden Euro vorgesehen. Damit halten wir auch in diesem Jahr das 2-Prozent-Ziel der NATO ein.

Demgegenüber sinkt der Etat des Auswärtigen Amtes um 12,5 Prozent auf rund 5,87 Milliarden Euro. Es werden aber weiterhin Mittel für unvorhersehbare Krisen bereitgestellt und internationale Verpflichtungen erfüllt. Auch der Etat des Bundesministeriums für Zusammenarbeit und wirtschaftliche Entwicklung (BMZ) wird gekürzt.

# AG Kommunalpolitik zum Thema Cybersicherheit

**W**ie können wir unsere Kommunen besser gegen Cyberangriffe schützen? Welche Maßnahmen sind notwendig, um unsere digitale Infrastruktur sicher und leistungsfähig zu halten?

Am Mittwoch hatten wir eine spannende und sehr aufschlussreiche Sitzung der AG Kommunalpolitik zum Thema „Cybersicherheit in unseren Städten und Gemeinden“. Dieses Thema gewinnt angesichts der zunehmenden Angriffe auf kommunale Infrastrukturen immer mehr an Bedeutung. Gemeinsam mit hochkarätigen Expertinnen und Experten haben wir darüber diskutiert, wie Kommunen hier unterstützt werden können.

Besonders gefreut hat mich, dass Johann Saathoff, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Inneres und Heimat, unserer Einladung gefolgt ist und uns wertvolle Einblicke in die Cybersicherheitsstrategie des Bundes geben konnte. Er betonte, wie eng der Schutz der digitalen Infrastruktur mit der Funktionsfähigkeit der kommunalen Verwaltung verknüpft ist. Es wurde deutlich, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen notwendig ist, um den wachsenden Bedrohungen durch Cyberkriminelle effektiv zu begegnen.

## Vernetzung als Schutzmaßnahme

Mit Stefanie Euler und Konstantin Beck vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hatten wir zwei herausragende Fachleute an unserer Seite. Sie unterstrichen, dass insbesondere kleine und mittlere Kommunen oft nicht über die nötigen Ressourcen verfügen, um sich ausreichend gegen Cyberattacken zu schützen.



Hier sei es wichtig, auf bundesweite Unterstützungsangebote und Beratungsmöglichkeiten zurückzugreifen, um personelle und finanzielle Engpässe auszugleichen. Besonders der Wissenstransfer und die Weiterbildung in den Bereichen Cybersicherheit und digitale Resilienz müssen verstärkt werden.

Die Beispiele der Cyberangriffe auf die Landeshauptstadt Potsdam und den Kreis Anhalt-Bitterfeld verdeutlichten eindrucksvoll, wie groß die Schäden und die damit verbundenen Einschränkungen sein können. Ransomware-Angriffe, wie sie leider immer häufiger vorkommen, legen nicht nur die Verwaltungen lahm, sondern schädigen auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die staatlichen Institutionen.

In der Diskussion wurde klar, dass wir dringend mehr in den Schutz unserer kritischen Infrastruktur investieren müssen. Ein zentraler Punkt ist dabei die bessere Vernetzung der kommunalen Verwaltungen untereinander, aber auch die engere Zusammenarbeit mit den Ländern und dem Bund. Nur so können wir den Bedrohungen, denen unsere Städte und Gemeinden ausgesetzt sind, wirksam entgegentreten.



# Das Sicherheitspaket der Bundesregierung

**D**er islamistische Anschlag in Solingen hat deutlich gemacht, dass die Sicherheit im öffentlichen Raum bedroht ist. Die Gefährdungslage durch islamistischen Terrorismus ist hoch. Ebenso gefährdet der Rechtsextremismus und -terrorismus unsere Demokratie. Mit dem Sicherheitspaket zieht die Regierungskoalition die nötigen Konsequenzen. Das betrifft insbesondere drei Bereiche: Waffenrecht, Extremismus- und Terrorismusbekämpfung sowie Aufenthaltsrecht.

## ➔ Strengeres Waffenrecht und Messerverbot

Künftig werden weitere Behörden – wie Bundespolizei, Bundeskriminalamt und das Zollkriminalamt – abgefragt, wenn es um Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis geht. Eingeführt wird ein absolutes Messerverbot bei Volksfesten, Sportveranstaltungen, Messen, Ausstellungen, Märkten und anderen öffentlichen Veranstaltungen. Auch in Bussen und Bahnen gilt künftig ein Messerverbot. Die Bundesländer werden ermächtigt, Messerverbote an Bahnhöfen zu verhängen.



## ➔ Extremismus bekämpfen

Bei der Terrorismusbekämpfung brauchen die Behörden polizeiliche Befugnisse, die modern und sachgerecht sind und in die digitale Welt passen. Deshalb soll das BKA bei der Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus und beim Schutz von Verfassungsorganen mit zeitgemäßen Befugnissen ausgestattet werden. Dazu gehört etwa die Befugnis, biometrische Daten wie z.B. Lichtbilder mittels automatisierter technischer Verfahren mit Internetdaten (z.B. soziale Medien) abzugleichen. So sollen mutmaßliche Terroristen identifiziert, lokalisiert und Tat-Täter-Zusammenhänge erkannt werden. In Zeiten von Digitalisierung und wachsender Datenmenge ist dies erforderlich. Der Bundesverfassungsschutz erhält für Finanzermittlungen im Bereich Terrorismus weitere Befugnisse.

## ➔ Bekämpfung von irregulärer Migration

Zukünftig soll die Asylschutzanerkennung verweigert oder aberkannt werden, wenn Straftaten mit einem antisemitischen, rassistischen, fremdenfeindlichen, geschlechtsspezifischen, gegen die sexuelle Orientierung gerichteten Beweggrund begangen wurden. Künftig soll das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge biometrische Daten nutzen, um die Identität von Schutzsuchenden festzustellen. Schutzsuchende, für die laut Dublin-Regelung ein anderer europäischer Staat zuständig ist, sollen künftig keine Sozialleistungen mehr erhalten, wenn der zuständige Mitgliedsstaat der Rückübernahme zugestimmt hat. Eine „Dublin-Task Force von Bund und Ländern“ wird dafür Sorge tragen, dass mehr Schutzsuchende, die bereits in einem anderen EU-Land registriert sind, in den zuständigen Staat überstellt werden können.

# Wohnungslosenkonferenz der SPD-Fraktion im Bundestag

**A**m 11. September, dem Tag der Wohnungslosen, haben wir uns mit der Frage auseinandergesetzt, wie wir Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Deutschland bis 2030 bekämpfen wollen. Zum 31. Januar 2022 gab es in Deutschland 178.000 untergebrachte Wohnungslose, davon 47.200 Kinder. 62% sind männlich und 37% weiblich, wobei von den Wohnungslosen lediglich 31% deutsche Staatsangehörige sind und die Mehrheit der nicht-deutschen Personen einen Fluchthintergrund hat. Das Durchschnittsalter lag bei 32 Jahren. Zum Zeitpunkt 31. Januar 2023 hat sich die Gesamtzahl von Wohnungslosen auf 378.000 Personen erhöht (höherer Prozentanteil von Frauen als 2022). Der starke Anstieg ist dabei auch auf eine verbesserte Datenermittlung sowie der hohen Zahl an ukrainischen Geflüchteten zurückzuführen.

Die Ursachen für eine Wohnungslosigkeit beider Gruppen liegen bei 23% in angehäuften Mietschulden und bei 24% in einer Kombination aus Mietschulden und weiteren Problemen. 39% gaben als Grund an, noch nie über eine Wohnung verfügt zu haben (Flucht, Auszug bei den Eltern etc.). Hinzu treten Gründe wie Gefängnisstrafen, Trennungen, Gewalt in Partnerschaften sowie weitere familiäre und private Gründe. Zu den besonders vulnerablen Personengruppen zählen zudem Junge Menschen, oft aufgrund eines Umbruchs im Privat- oder Berufsleben, Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund.

Das Sozialstaatsprinzip fordert den Staat auf, für ein menschenwürdiges Dasein zu sorgen. Dabei gilt es ebenfalls bereits erfolgreiche Ansätze zu verstetigen und in die Breite auszurollen sowie neue Angebote zu entwickeln und fortwährend zu verbessern, damit die Überwindung der Wohnungslosigkeit bis 2030 erreicht werden kann.



v.l.: PStin Elisabeth Kaiser, Brian Nickholz, Verena Hubertz, Bernhard Daldrup

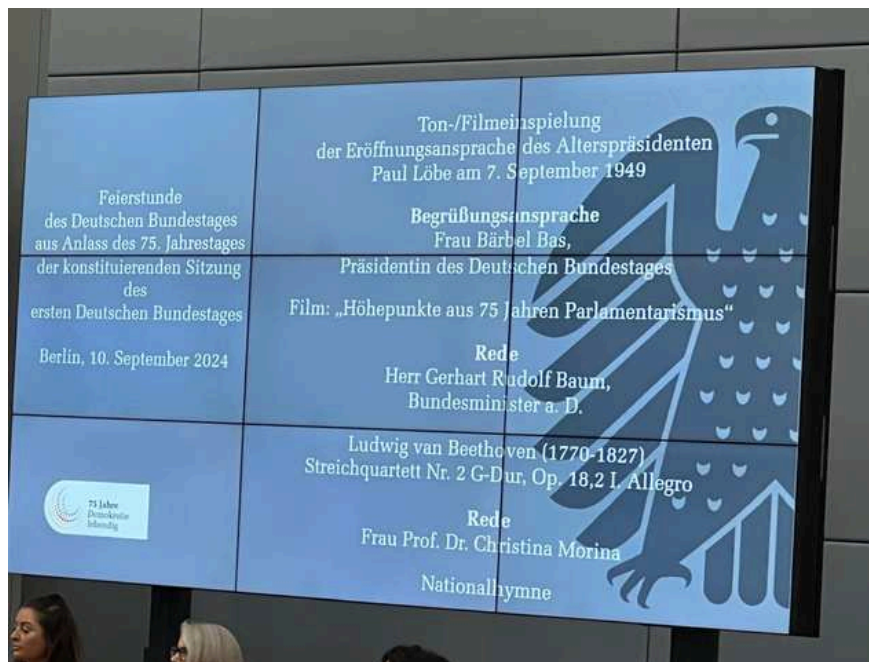
Dazu wurden im Aktionsplan folgende Leitlinien beschlossen:

- Alle Beteiligten arbeiten daran, dass Wohnungslose bis 2030 ein passendes Wohnangebot erhalten, welches ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Dabei geht es primär um die Wohnvermittlung sowie Verhinderung von Wohnungsverlusten.
- Fokus auf Prävention durch ausgebaute Unterstützungssysteme, welche passgenaue und mehrsprachige Angebote unterbreiten können inkl. zielgerichteter Öffentlichkeitsarbeit und Einbezug ehemals Betroffener.
- Bei Nicht-Vermeidung von Wohnungslosigkeit erfolgt eine dem Rechtsanspruch entsprechende und menschenwürdige Unterbringung mit dem Ziel eines möglichst kurzen Aufenthalts. Dies gilt für Bürgerinnen und Bürger aus Deutschland und der europäischen Union.

**Herzlichen Dank an unseren Beauftragten für Wohnungs- und Obdachlose, Brian Nickholz und an die stellv. Fraktionsvorsitzende Verena Hubertz für die gelungene und so wichtige Wohnungslosenkonferenz!**



# Einblicke in die Sitzungswoche



75 Jahre Deutscher Bundestag - das haben wir am Dienstag im Plenum gefeiert. Am 7. September 1949 konstituierte sich der 1. Deutsche Bundestag in Bonn. Der 20. Deutsche Bundestag erinnerte an dieses Ereignis mit einer parlamentarischen Feierstunde. Zu diesem Anlass durften Abgeordnete Gäste aus ihren Wahlkreisen in Berlin begrüßen. Ich freue mich sehr, dass Julian Ottenlips, Stadtverbandsvorsitzender der SPD Beckum, sich auf den Weg gemacht hat und bei diesem besonderen Anlass dabei war!



Auch beim parlamentarischen Abend des Deutschen Feuerwehrverbands waren einige Gäste aus dem Kreis Warendorf zugegen. Getroffen habe ich Marcus Scheele, Leiter der Feuerwehr Beckum.

Gelegenheit zum Austausch und für Selfies gab es bei der Wohnungslosen-Konferenz mit den Kolleginnen Verena Hubertz und Elisabeth Kaiser.



# Aus dem Wahlkreis: Fernwärmeprojekt in Warendorf bleibt vorbildlich

In einer Stellungnahme gegenüber der Lokalpresse habe ich mich auf die aktuelle Warendorfer Berichterstattung zum Fernwärmeprojekt bezogen:

"Die Zustellung eines fehlerhaften Förderbescheids seitens des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) ist wirklich ärgerlich. Die Behörde ist im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums für die Bewilligung von Anträgen zuständig. Der Fehler wurde sofort mitgeteilt und eine kurzfristige Korrektur in Aussicht gestellt. Aus diesem Verwaltungsvorgang einen Rundumschlag gegen die Ampel zu machen, ist allerdings völlig unverständlich und in der Art und Weise übertrieben.

## Ich möchte festhalten:

1. Es ist sehr erfreulich, dass die Stadt mit den Stadtwerken Warendorf den Weg zur Wärmewende, der von der Ampel eingeleitet worden ist, genutzt hat. Warendorf hat damit eine Vorreiterrolle übernommen, die bundesweit Anerkennung verdient. Die Entscheidung wird von mir sehr begrüßt und der Weg zur Förderung ausdrücklich und konkret unterstützt.

2. Die Maßnahme wird mit einem hohen zweistelligen Millionenbetrag durch den Bund gefördert und zeigt, wie wichtig auch dem Bund der Ausbau einer nachhaltigen und klimagerechten Energieinfrastruktur ist. Es ist großartig, dass die Förderung in dieser Höhe nach Warendorf kommt. Selbstverständlich ist das nicht!

3. Der fehlerhafte Förderbescheid ändert nichts an der Förderung, die Maßnahme wird nicht abgelehnt oder gekürzt, leider aber verzögert.

4. Die Ursache für diese Verzögerung liegt nicht bei der Politik der Ampelkoalition, sondern bei Verfahrensfragen des BAFA, also einer Bewilligungsbehörde des Bundes.

5. So ärgerlich das auch sein mag, der Fehler wurde umgehend eingestanden und wird hoffentlich zeitnah korrigiert.

***Aus dem bürokratischen Fehler einer Bewilligungsbehörde einen Rundumschlag gegen die Bundesregierung zu machen, ist nicht nur völlig unangemessen, sondern schadet leider auch dem Projekt.***

Die Wärmewende ist eine Herkulesaufgabe, die alle politischen Ebenen, Wirtschaft und Bevölkerung herausfordert. Als Bundestagsabgeordneter bin ich sehr froh über das Engagement der Stadt Warendorf und die Hilfe des Bundes bei der Umsetzung. Ich hoffe auf das Gelingen des Projektes, nicht auf sein Scheitern. Auch die Berichterstattung sollte sich an der Sache orientieren, das wäre hilfreich."

